

Haushaltssatzung genehmigt:

Haushaltssatzung
der
Ortsgemeinde Oberhausen
für das
Haushaltsjahr 2019
vom 14.06.2019

Der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Oberhausen hat in seiner Sitzung am 21.05.2019 aufgrund des § 95 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBL.S.153) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02.03.2006 (GVBL.S. 57), folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden:

1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	2.095.100
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>1.701.800</u>
der Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag auf	393.300
2. im Finanzhaushalt	
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	437.350
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	6.000
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>243.300</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-237.300
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	31.300

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Kredite zur Finanzierung von Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3 Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf:

0

§ 5 Hebesätze für die Gemeindesteuern

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	310	v.H.
Grundsteuer B	375	v.H.

Die Hundesteuer beträgt für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden:

für den ersten Hund	36,00
für den zweiten Hund	48,00
für jeden weiteren Hund	60,00

§ 6 Festsetzung von Gebühren und wiederkehrenden Beiträgen

Gebühren für die Benutzung gemeindlicher Einrichtungen werden für das Haushaltsjahr 2019 nicht festgesetzt.

Wiederkehrende Beiträge i.S. von §§ 10-16 KAG werden für das Haushaltsjahr 2019 nicht festgesetzt.

Fremdenverkehrsbeiträge i.S. von § 36 KAG werden für das Haushaltsjahr 2019 nicht festgesetzt.

§ 7 Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals beträgt zum 31.12.

2015	2.953.895,66
2016	2.888.577,55
2017	2.859.087,80

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Die Wertgrenze für Leistungen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 GemO wird auf 5.000 € im Einzelfall festgesetzt.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb einer Wertgrenze von 10.000 € sind in den jeweiligen Teilhaushalten einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beschäftigte trifft in 2019 nicht zu.

§ 11 Leistungszahlungen

Die Bewilligung von Zahlungen nach der Landesverordnung zur Durchführung der §§ 27 und 42a des Bundesbeamtenbesoldungsgesetzes vom 14.04.1999 an Beamtinnen und Beamte entfällt.

§ 12 Weitere Bestimmungen

Weitere Bestimmungen zur Bewirtschaftung oder zum Stellenplan entfallen.

§ 13 Inkrafttreten

Die Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2019 in Kraft.

Oberhausen, den 14.06.2019

Ortsgemeinde Oberhausen

(Dienstsiegel)

(Jung)
Ortsbürgermeister

Ortsgemeinde Oberhausen

Hinweise zur Haushaltssatzung 2019

Die Haushaltssatzung 2019 der Ortsgemeinde Oberhausen enthält nach § 95 Abs.4 GemO keine genehmigungspflichtigen Teile.

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan wurde der Kommunalaufsicht gem. § 97 Abs.1 GemO mit Schreiben vom 03.05.2019 vorgelegt.

Mit Verfügung vom 24.05.2019 hat die Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass aufgrund der vorliegenden Unterlagen keine Veranlassung besteht mit aufsichtsbehördlichen Mitteln tätig zu werden.

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzung erfolgt im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Kirn-Land vom 14.06.2019.

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 17.06.2019 bis einschließlich 26.06.2019 bei der Verbandsgemeindeverwaltung Kirn-Land in 55606 Kirn, Bahnhofstr. 31- Zimmer 35 - zu den üblichen Öffnungszeiten öffentlich aus.

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Rechtsverletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Oberhausen, den 14.06.2019

Ortsgemeinde Oberhausen

Dienstsiegel

(Jung)
Ortsbürgermeister